

Originaldokument

© Verlag C.H.Beck

1. Die Entstehung einer demokratischen Nation

Konturen der indischen Nation

Indien ist kein einheitlicher Nationalstaat. Es ist die Heimat vieler Ethnien und Sprachgruppen, die eine gemeinsame Kultur verbindet. In seiner Größe und Vielfalt kann man es mit der Europäischen Union vergleichen. Indien ist geprägt von Geschichten und Bildern, die sogar weit über seine Grenzen hinaus Eindruck gemacht haben. Es ist ein Land der Phantasie und Kreativität.

Erst in neuerer Zeit ist Indien auch ein territorialer Nationalstaat geworden, der genau definierte Grenzen hat und seine territoriale Souveränität verteidigt. Die Vorstellung von einer begrenzten Territorialität gab es früher in Indien nicht. Der Himalaya im Norden und der Ozean im Süden, Westen und Osten erschienen denen, die dort lebten, als «natürliche» Grenzen. Die Menschen im Gebirge sahen freilich den Himalaya nie als Grenze, sondern als einen Lebensraum, den sie oft durchquerten. Für die Menschen an den Küsten war auch der Ozean meist ein Lebensraum, denn sie nahmen seit alter Zeit aktiv am Seehandel teil. Das orthodoxe Vorurteil, dass man das «schwarze Wasser» (kala pani) meiden müsse, entstand erst in einer Zeit, als Indien introvertierter wurde und defensiv reagierte.

Das Bewusstsein von «natürlichen» Grenzen bedeutete nicht, dass man in Indien ein Gefühl für eine nationale Identität im modernen, territorialen Sinne hatte. Der moderne Nationalismus kam erst spät in einer westlich gebildeten Oberschicht auf und war dem Volk in seiner Mehrheit unbekannt. Die armen Leute, die von den Briten als Vertragsarbeiter nach Fiji gebracht wurden, um dort in den Zuckerplantagen zu arbeiten, nannten sich nicht «Inder» sondern «girmityas». ¹ «Girmit» war eine verballhornte Form des englischen Wortes «agreement» und bezeichnete das Dokument, das zum Dienst in der Fremde verpflichtete. Man leitete also seine Identität von diesem Symbol eines gemeinsamen Schicksals ab. Erst als Abgesandte Mahatma Gandhis nach Fiji kamen, wurden sich die «girmityas» der Tatsache bewusst, dass sie Inder waren.

Der Nationalismus der westlich gebildeten Inder entstand unter dem

vielfältigen Eindruck, den die britische Herrschaft auf sie machte.² Die Briten traten den Indern als eine wohlorganisierte, moderne Nation gegenüber. Im 18. Jahrhundert war dies noch eine sehr kleine Nation von wenigen Millionen Menschen, die es vermochte, das große Indien zu erobern, in dem damals etwa 150 Millionen Menschen lebten. Erobert wurde Indien von indischen Soldaten unter britischem Kommando; ihr Sold wurde von indischen Steuerzahlern aufgebracht, die von einer gestrengen britischen Steuerverwaltung zur Kasse gebeten wurden. Keiner der britischen Kommandeure dachte je daran, ein Kriegsherr (warlord) zu werden, der seinen Vorgesetzten den Gehorsam aufkündigte. Die Solidarität und das korporative Gedächtnis der Briten waren weit wichtiger als die modernen Waffen, die sie hatten, denn diese konnte auch jeder indische Fürst erwerben. Der britische Nationalismus war daher keine abstrakte Idee, sondern eine Macht, die den Indern im täglichen Leben vor Augen geführt wurde. Ein weiterer Aspekt des britischen Einflusses auf die Inder war das von ihnen in Indien errichtete Bildungssystem mit seinen Lehrplänen und Prüfungsordnungen. Anfänglich wollten die Briten dadurch einheimische Gehilfen für die Verwaltung und für die vielen Gerichtshöfe heranbilden, die sie überall in Indien errichteten. Die Einrichtung der Gerichtshöfe war keine uneigennützige Tat; die Gerichtsgebühren brachten dem britischen Kolonialstaat mehr Einkünfte ein, als der Unterhalt der Gerichte kostete. Zugleich festigte deren Rechtsprechung die Hegemonie des kolonialen Rechts.

Die Lehrpläne der britischen Bildungsinstitutionen in Indien orientierten sich an denen der britischen Schulen und Universitäten. Liberale Ideen, die in Großbritannien zirkulierten, wurden auf diese Weise nach Indien transferiert. Junge Inder lernten, ihr Leben unter britischer Herrschaft im Lichte dieser Ideen zu interpretieren.³ Das war der dritte Aspekt des Einflusses britischer Herrschaft, der von prägender Bedeutung für den indischen Nationalismus wurde. Die Briten boten den indischen Zöglingen ihrer Bildungsinstitutionen auch Karrieren an – vom Verwaltungsangestellten und Lehrer bis zum Rechtsanwalt oder gar Richter. So entstand eine bedeutsame indische Bildungsschicht, die zu einer Diskursgemeinschaft wurde, die neue Ideen aufnahm und verbreitete. Die Zirkulation von Ideen wurde auch durch die Druckerpresse gefördert. Zeitungen wurden in Indien zunächst von christlichen Missionaren gedruckt, aber es gab bald auch «einheimische» Zeitungen (native newspapers) in den verschiedenen indischen Sprachen. Diese neue Presse alarmierte die Kolonialherren, zumal sie meist nicht verstanden, was da gedruckt wurde. Besondere Übersetzer

wurden angestellt, die «Reports on Native Newspapers» erstellten, die unter den Kolonialherren als vertrauliche Berichte zirkulierten. Der Journalismus in den indischen Sprachen schuf einen neuen Prosastil, der auch die neue indische Literatur prägte. Die Diskursgemeinschaft, der zunächst nur die westlich gebildeten Inder angehört hatten, wurde auf diese Weise erweitert.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts standen die britischen imperialen Ambitionen und der aufkeimende indische Nationalismus zunehmend im Widerspruch zueinander. Die britischen Ambitionen fanden ihren sichtbaren Ausdruck in dem imperialen *Durbar* (Audienz) von 1877, auf dem Königin Viktoria zur Kaiserin von Indien ausgerufen wurde. Der Prunk des Mogulreichs wurde hier bewusst nachgeahmt, um die Legitimität der britischen Herrschaft über Indien zu demonstrieren. Die letzte Manifestation dieses imperialen Geistes waren die großartigen Gebäude, die ein britischer Architekt für die neue Hauptstadt New Delhi entwarf, die 1920 eingeweiht wurde. Diese Bauten zieren jetzt Indiens nationale Hauptstadt. Die indischen Nationalisten ließen sich jedoch nicht von diesem imperialen Zauber verwirren. Sie konzentrierten sich auf eine rationale Kritik an den ökonomischen und politischen Manifestationen britischer Herrschaft. Im selben Jahr, in dem der imperiale *Durbar* stattfand, hielt ein indischer Richter in Mumbai einen bemerkenswerten Vortrag über Freihandel und Protektionismus, in dem er die britische Freihandelspolitik verurteilte, weil sie eine indische Industrie nicht aufkommen ließ.⁴ Einige Zeit später fand der ökonomische Nationalismus einen noch deutlicheren Ausdruck in Dadabhai Naorojis Buch *Poverty and Un-British Rule in India*.⁵ Schon der Titel zeigt, dass der Autor von den Briten gelernt hatte, die Auswirkungen britischer Herrschaft mit britischen Maßstäben zu messen.

Der indische Nationalkongress, der seine erste Sitzung 1885 in Mumbai abhielt, wurde zu einem Treffpunkt für Nationalisten aus allen Teilen Indiens. Der Vizekönig Lord Dufferin hieß diesen Kongress zunächst willkommen, weil er indische Meinungen zum Ausdruck brachte, von denen die Briten sonst wenig wussten. Doch als der Kongress eine Resolution verabschiedete, die Dufferins Annexion von Ober-Birma verurteilte, änderte er seine Meinung. Er verhinderte die weiteren Sitzungen des Kongresses zwar nicht, verbot aber Indern im Dienste der Kolonialregierung die Teilnahme daran. Das traf vor allem die indischen Richter, die zu den führenden Männern des ersten Kongresses gehörten. Die Delegierten der frühen Kongresse waren liberale Konstitutionalisten, für die Indien eine werdende

Nation war, die dringend der Stütze durch die von den Briten geschaffenen Institutionen bedurfte.⁶ Es gab aber auch eine Gruppe von Nationalrevolutionären, die später als «Extremisten» bezeichnet wurden. Für sie war Indien schon immer eine Nation gewesen, die nur ihre Fesseln abschütteln müsse, um wieder stark und frei zu werden. In diesem Sinne glorifizierten die Nationalrevolutionäre die Geschichte Indiens im Altertum und propagierten einen Neo-Hinduismus, der eine Tradition der nationalen Solidarität beschwor. Dieser Neo-Hinduismus erlangte weltweite Aufmerksamkeit, als Swami Vivekananda 1893 das Weltparlament der Religionen in Chicago besuchte. Vivekananda war kein «Extremist», er war ein westlich gebildeter junger Mann, der ein Schüler des Mystikers Sri Ramakrishna geworden war und in seinem Namen die «Ramakrishna Mission» gegründet hatte, einen modernen Mönchsorden, dessen Angehörige einen aufgeklärten Neo-Hinduismus auf der Grundlage der Vedanta-Philosophie predigten. Vivekanandas Erfolg im Ausland förderte seinen Ruhm in Indien. Selbst liberale Nationalisten wie Gopal Krishna Gokhale und Sozialisten wie Jawaharlal Nehru bekannten später, dass sie von ihm beeinflusst worden waren.⁷ Vivekananda gestand ein, dass er einem Traditionalismus folgte, um seinem Publikum seine Lehren schmackhaft zu machen. Es war dies ein selektiver Solidaritätstraditionalismus.⁸ Vivekananda verurteilte das Kastensystem, weil es einer nationalen Solidarität diametral entgegenstand. Er betonte den Monismus der Vedanta-Philosophie. Dieser Neo-Hinduismus hatte allerdings keine Anziehungskraft für die indischen Muslime. Ramakrishna und – ihm folgend – Vivekananda hatten zwar die Gleichwertigkeit aller Religionen verkündet, aber für einen frommen Muslim war die Gleichstellung des Islams mit anderen Religionen geradezu eine Gotteslästerung. Er musste daher auch Mahatma Gandhis Praxis ablehnen, der Allah in sein Gebet an die Hindu-Götter einschloss. Die nationale Solidarität auf einer spirituellen Grundlage zu errichten, erwies sich als unmöglich.

Als Mahatma Gandhi zum «Vater der Nation» wurde, widmete er sich dieser unmöglichen Aufgabe und scheiterte dabei auf tragische Weise. Er hatte die prägende Zeit seines Lebens als Führer der indischen Minderheit in Südafrika verbracht. Dort war es ihm gelungen, Hindus und Muslime zu gemeinsamen Aktionen gegen die koloniale Herrschaft zu bewegen. Als Gandhi 1915 mitten im Ersten Weltkrieg nach Indien zurückkehrte, hatte dort das drakonische Kriegsnotstandsgesetz alle politische Tätigkeit unterbunden. Erst 1920 sah Gandhi eine Gelegenheit, Hindus und Muslime zu einer gemeinsamen Nichtzusammenarbeitskampagne aufzurufen. Er hatte

schon früher konstatiert, dass die Inder den Briten Indien von sich aus übergeben hätten und sie seither durch ihre Zusammenarbeit unterstützten. Wenn sie diese Zusammenarbeit einstellten, wären die Briten gezwungen, Indien zu verlassen.⁹ Die indischen Muslime, die den türkischen Kalifen als ihr Oberhaupt ansahen, waren zutiefst betroffen von den Bedingungen, die die Briten ihm nach dem Krieg auferlegten. Ihre Führer hatten eine Khilafat-Bewegung ins Leben gerufen, um dagegen zu protestieren. Gandhis Plan einer Nichtzusammenarbeitskampagne kam ihnen daher sehr gelegen. Gandhi wiederum war froh, dass er so eine Brücke zu den Muslimen schlagen konnte. Er ahnte nicht, dass er damit eine zum Scheitern verurteilte orthodoxe Bewegung unterstützte, der die Türken selbst bald ein Ende bereiteten, als sie den Kalifen 1924 absetzten. Im Jahr 1920 wurde Gandhi jedoch auf einer Welle nationalistischer Begeisterung emporgetragen.

Nicht alle Inder waren von der Idee der Nichtzusammenarbeit so begeistert wie Gandhi. Rabindranath Tagore, der indische Nobelpreisträger, erhob seine Stimme gegen Gandhis Kampagne.¹⁰ Er hatte schon früher vor den Gefahren des modernen Nationalismus gewarnt. Er hatte für den territorialen Nationalismus das indische Wort *rashtratantra* geprägt und gemeint, dass die westlichen Nationen davon besessen seien, Indien aber nicht. Während des Krieges hatte Tagore Vortragsreisen durch Japan und die USA unternommen und dabei die Werte des Universalismus hervorgehoben und den modernen Nationalismus verurteilt. Er hatte dafür heftige Kritik geerntet. Nun wendete er sich auch gegen Gandhi, mit dem er befreundet war. Gandhi nahm Tagores Einwände sehr ernst. Er entgegnete ihm, dass auch er universale Werte schätze, aber zunächst einmal seiner Nation dienen müsse. Ein von den Kolonialherren unterdrücktes Indien könne der Welt keine Botschaft der Hoffnung bringen – wie es Tagore doch wünsche.

Die Nichtzusammenarbeitskampagne brach schließlich zusammen, aber sie hatte wichtige, obwohl unbeabsichtigte Konsequenzen. Jene, die im Laufe der Kampagne ihren Beruf aufgegeben hatten und im Gefängnis gelandet waren, wurden nun zur ersten Generation von politischen Freiwilligen, die den Kongress stärkten. Gandhi sammelte Spenden und schaffte es, die Freiwilligen damit zu ernähren. Außerdem war es ihm gelungen, die Organisation des Nationalkongresses von Grund auf zu erneuern. Er setzte sich besonders dafür ein, Mitglieder auf dem Lande zu rekrutieren und die indischen Sprachen für die politische Kommunikation zu nutzen. So gelang es ihm, aus dem magischen Zirkel der gebildeten Inder auszubrechen, die bisher den Nationalkongress beherrscht hatten. Mit den «*prison graduates*»

als motivierten Helfern konnte der Kongress nun die ländlichen Gebiete «missionieren». Das bildete die Grundlage dafür, dass die indischen Bauern in die nächste Runde der Freiheitsbewegung einbezogen werden konnten.

Die Unterstützung der Bauern

In seinem bahnbrechenden Buch *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*¹¹ hat Barrington Moore Indien weit mehr Raum gewidmet als seinen anderen Fallbeispielen. Er tat dies jedoch nicht, weil Indien am besten in seine Theorie passte, sondern gerade, weil Indien ein Rätsel für ihn blieb, das er nicht lösen konnte. Indien hätte dasselbe Schicksal haben müssen wie China, wo eine schlaue politische Partei das revolutionäre Potenzial der Bauern nutzte, sie dann aber ihrer Diktatur unterwarf. Den indischen Bauern gelang es dagegen, den Weg in eine Demokratie zu finden.

Moore's Theorie basiert auf den marxistischen Begriffen von Klassenkampf und Klassenallianzen. Die Konflikte von Grundherren und Bauern führten in den westlichen Ländern zu verschiedenen Klassenallianzen mit der Bourgeoisie. In China und Indien gab es keine solche Bourgeoisie. Da sich Moore auf die Sekundärliteratur verlassen musste, die ihm zu seiner Zeit zur Verfügung stand, meinte er, die Briten hätten sich stets auf die indischen Grundherren gestützt. Spätere Forschungen haben jedoch gezeigt, dass die Briten sich ein neues soziales Fundament ihrer Herrschaft gesucht hatten, indem sie die reicheren Bauern unterstützten. Dies geschah mit dem Mittel vieler Pächterschutzgesetze.¹² Jene Gesetze schränkten die Möglichkeiten der Pachterhöhung ein und definierten die Erbsitzungsrechte, die die Bauern gegenüber dem Grundherrn erwarben. Die Briten konnten hoffen, dass die Bauern, die durch diese Gesetze geschützt wurden, ihre Dankbarkeit an der Wahlurne beweisen würden, indem sie für pro-britische Agrarparteien und gegen den Nationalkongress stimmten. Als mit der Verfassungsreform von 1935 die Zahl der Wahlberechtigten auf 10 Prozent der Bevölkerung erweitert wurde, achteten die Briten darauf, dass die reicheren Bauern durch die entsprechende Definition der Besitzqualifikationen das Wahlrecht bekamen. Die Summe dessen, was der Bauer als Pacht an den Grundherrn oder als Grundsteuer an den Staat zahlte, wurde dafür herangezogen. In Bengalen wählte man ein einfacheres Verfahren: Jeder Bauer, der in einem Steinhaus und nicht in einer Lehmhütte wohnte, bekam das Wahlrecht. So hofften die Briten, eine politische Arena

konstruiert zu haben, auf deren Kontrolle sie sich verlassen konnten. Sie waren der Ansicht, dass die indischen Nationalisten, die sie allesamt für städtische Intellektuelle ohne Beziehungen zu den Menschen auf dem Lande hielten, gar keine Chance hätten, in diese Arena einzudringen.

Die politischen Kalkulationen der Briten wurden durch das Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise 1930 zunichtegemacht.¹³ Die Briten verschärften die Auswirkungen der Krise noch, indem sie an einer überbewerteten indischen Währung festhielten, um eine «Flucht aus der Rupie» zu verhindern. Weil sie Indiens Hauptgläubiger waren, fürchteten sie, dass eine solche «Flucht» ihre eigene Kreditwürdigkeit erschüttern und einen britischen Staatsbankrott herbeiführen könnte. Die indischen Bauern, deren Einkünfte durch den durch die Krise verursachten Agrarpreisverfall halbiert wurden, erlebten zudem eine Aufwertung ihrer Schulden durch die britische Währungspolitik. Die indischen Geldleiher zwangen ihre Schuldner, den Goldschmuck ihrer Frauen zu verkaufen, den sie sonst niemals angerührt hätten. Ein Strom von «Notgold» floss aus Indien heraus und unterstützte die britische Währung, die sich seit September 1931 im freien Fall befand, nachdem Großbritannien den Goldstandard verlassen hatte. Hätte Indien eine nationale Regierung gehabt, so hätte diese ein Goldexportembargo verhängt und die nationale Währung reflationiert, um die Not der Bauern zu lindern. Aber die Briten taten dies nicht und erregten so den Zorn gerade jener Bauern, auf deren Unterstützung sie gehofft hatten. Da nun die Geldleiher die Bauern unter Druck setzten, versuchten die Briten, durch allerlei Gesetze die Praktiken der Geldleiher in den Griff zu bekommen, und erregten damit auch deren Zorn.¹⁴ Die Geldleiher waren alle aufgrund ihres Besitzes wahlberechtigt, und ihre Stimmen drohten nun ebenfalls Proteststimmen zu werden.

Der Nationalkongress war gut darauf vorbereitet, alle Proteststimmen auf sich zu vereinen. Die Landesverbände hatten Berichte über die Notlage der Bauern erstellt, einige hatten auch Pachtverweigerungskampagnen organisiert. Aus den Wahlen von 1936/37, die für die Provinziallandtage unter dem Gesetz von 1935 abgehalten wurden, ging der Nationalkongress in sieben von neun Provinzen siegreich hervor. Die Partei hatte ihr Programm sorgfältig auf die Wahlberechtigten abgestimmt und die Bauern für sich gewonnen, aber auch die unzufriedenen Geldleiher angesprochen. Die sieben Provinzen waren die, in denen die Hindus die Mehrheit hatten. Die von M. A. Jinnah geführte Muslim-Liga hatte gehofft, diese Wahlen in allen separaten Wählerschaften für Muslime zu gewinnen, die die Briten bereits

1909 eingeführt hatten. Aber die Kongresspartei hatte auch Muslimkandidaten aufgestellt. Jinnah erlitt in den Provinzen mit Muslim-Minderheiten eine Niederlage,¹⁵ und in den beiden Provinzen mit Muslim-Mehrheiten, Panjab und Bengalen, gewannen regionale Parteien die Wahlen, auf die er keinen Einfluss hatte.

Nehru, der die Wahlkampagne der Kongresspartei geführt hatte, war auf seinen Erfolg sehr stolz, aber er war gegen die Bildung von Kongressregierungen in den sieben Provinzen. Für ihn waren die Wahlen ein Plebiszit gegen die britische Kolonialherrschaft. Auf dieser Grundlage wollte er nun den Freiheitskampf intensivieren.¹⁶ Aber die Bauern, die dem Kongress zum Sieg verholfen hatten, erwarteten konkrete Maßnahmen von den Landtagen. Sie hätten kein Verständnis für eine Verweigerung des Kongresses gehabt. So übernahm der Kongress schließlich die Regierungsverantwortung in den sieben Provinzen. Die Regierungszeit wurde durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bald beendet. Die Kongressregierungen traten zurück, weil die Briten sich weigerten, ihre Pläne für die Zukunft Indiens zu verkünden. Von dem Erzimperialisten Churchill konnte man ohnehin nicht erwarten, dass er dem indischen Nationalismus Zugeständnisse machen würde.

Für das Verhältnis der Kongresspartei zu den Bauern war dieser Rücktritt in gewisser Hinsicht ein Segen. Unter britischer Herrschaft waren die Möglichkeiten einer Kongressregierung begrenzt. Die Bauern hätten leicht enttäuscht werden können. So aber hatte der Kongress sich als Bauernpartei profiliert und war aus guten Gründen zurückgetreten. Die Bauern blieben ihm treu und warteten auf seine Rückkehr. Als die Kongresspartei die Wahlen 1946 erneut gewann, nutzte sie ihre Macht dazu, die Rechte der Grundherren abzuschaffen (zamindari abolition). Das kam in erster Linie der Oberschicht der Bauern zugute, die Land direkt von den Grundherren gepachtet hatten. Eine weitergehende Bodenreform nahm die Kongresspartei nicht in Angriff, da sie dann die Interessen der reicheren Bauern verletzt hätte. Hier zeigten sich die Grenzen, die einem demokratischen Regime gesetzt waren, das sich auf die Bauern stützte.

Die Wahlen von 1946, die dem Kongress in den sieben Provinzen wieder zum Sieg verholfen hatten, hatten auch die regionalen Parteien im Panjab und in Bengalen im Amt bestätigt. Doch hatte Jinnahs Muslim-Liga diesmal ein besseres Resultat zu verbuchen. Jinnah hatte sich während des Krieges als der nationale Sprecher der Muslime profilieren können, während die Kongresspolitiker die Kriegszeit im Gefängnis verbrachten.¹⁷ Auf der Sit-

zung der Liga in Lahore 1940 hatte er seine berühmte «Zwei-Nationen Theorie» verkündet, der zufolge Hindus und Muslime verschiedenen Nationen angehörten, wie immer man auch den Begriff «Nation» definieren möge. Er fügte das hinzu, um sich auf weitere Debatten gar nicht erst einzulassen. Territorial betrachtet konnte das nur die Abtrennung der «Hindu-Provinzen» von den «Muslim-Provinzen» bedeuten. Jinnah, der zuvor der Führer der Muslime in den Provinzen mit muslimischer Minderheit gewesen war, wusste genau, dass es unmöglich sein würde, die Millionen von Muslimen aus «Hindu-Indien» nach «Muslim-Indien» zu transferieren. Außerdem konnte er nicht erwarten, dass die Hindus in den Bezirken im Panjab und in Bengalen, in denen sie die Mehrheit hatten, in «Muslim-Indien» verbleiben würden. Jinnah ließ sich lange Zeit nicht in die Karten schauen und sagte nichts über die territorialen Grenzen des künftigen Pakistan. Er war nie auf die Barrikaden gegangen und wusste, dass er nur am Verhandlungstisch gewinnen konnte. Er konnte Pakistan nur als Geschenk von den Briten erwarten, wenn diese sich dazu entschlossen, Indien zu verlassen. Das erforderte freilich auch die Zustimmung der Führerschaft des Nationalkongresses, und die war gegen eine Teilung Indiens. Gandhi hatte sogar von einer «Vivisektion Indiens» gesprochen. In der letzten Verhandlungsrunde akzeptierte Nehru jedoch die Teilung, weil sie die einzige Alternative zum «Plan Balkan» war, den die britische Regierung sich ausgedacht hatte. Nach diesem Plan hätten die Briten die einzelnen Provinzen Britisch-Indiens in die Unabhängigkeit entlassen. Diese mochten dann sehen, wie sie sich zu Bundesstaaten zusammenfanden. Für die Briten war dies eine elegante Lösung, weil sie es auf diese Weise vermieden, die Verantwortung für die Teilung zu übernehmen. Nehru aber sah darin die Gefahr einer echten Balkanisierung Indiens. Was geschah, wenn die Provinzen ihre Unabhängigkeit behalten wollten? Und wie stand es mit den Fürstenstaaten, die ebenfalls unabhängig bleiben würden, wenn ihnen nicht eine starke Zentralregierung entgegentrat? So zog Nehru eine Teilung Indiens durch die Briten vor und gestand damit auch Jinnah das Pakistan zu, um das er gekämpft hatte. Es war freilich ein «mottenzerfressenes Pakistan», wie Jinnah es selbst nannte, denn West-Bengalen und der Ost-Panjab wurden aufgrund ihrer Hindu-Mehrheiten Indien zugeordnet.

Die Probleme der Muslime in den bei Indien verbleibenden Provinzen wurden durch die Teilungen eher verschärft als gelöst. Als Jinnah Mumbai verließ, um nach Pakistan zu gehen, wo er der erste Generalgouverneur des neuen Staats wurde, fragten seine Gefolgsleute ihn beim Abschied, was sie

denn nun tun sollten. Jinnah ermahnte sie, gute Bürger Indiens zu werden¹⁸ – und ließ sie dann im Stich.

Konflikte zwischen Hindus und Muslimen

Die Teilung führte zu einem Blutbad, das niemand vorhergesehen hatte. Flüchtlingsströme ergossen sich von Pakistan nach Indien und von Indien nach Pakistan. Jinnahs guter Rat erwies sich zunächst als nutzlos. Doch schließlich versuchten die Millionen von Muslimen, die in Indien verblieben, ihren Frieden mit diesem Land zu machen. Die Hindus und Sikhs, deren Heimat in Pakistan lag, flohen jedoch fast alle nach Indien. Die Teilung wurde zu einem Trauma. Zum ersten Mal waren die Menschen in diesem Land mit dem Problem der Territorialität konfrontiert, an das sie zuvor nicht gedacht hatten. Tagores *rashtratantra*, das er für eine Obsession der westlichen Nationen hielt, ergriff Indien nun erst recht.¹⁹ Selbst Mahatma Gandhi, der «Vater der Nation», erwies sich als recht hilflos, als er mit den Konsequenzen der Teilung konfrontiert wurde. Bereits 1944 hatte er versucht, Gespräche mit Jinnah zu führen. Er hatte ihm sogar Pakistan zugestanden, aber verlangt, dass die beiden Staaten zuvor einen Vertrag abschließen sollten, der ihre friedliche Koexistenz sichere. Jinnah hatte entgegnet, dass die Teilung einem Vertrag vorausgehen müsse, weil nur souveräne Territorialstaaten Vertragspartner sein können. Dem konnte Gandhi nichts entgegenhalten. Er vermied nun weitere Gespräche mit Jinnah. Als man Gandhi schließlich mitteilte, dass die Teilung des Landes auch die Teilung der britisch-indischen Armee bedeute, war er völlig überrascht. Doch dann sagte er voraus, dass die beiden Armeen wohl gegeneinander kämpfen würden,²⁰ was sich sehr rasch als zutreffend erwies.

Unter der Führung Nehrus versuchte die Kongresspartei, den in Indien verbliebenen Muslimen eine politische Heimat zu geben. Nehru musste gegen die Vorurteile jener ankämpfen, die in den indischen Muslimen eine fünfte Kolonne Pakistans sahen. Diese Kritiker spotteten über Nehrus «Säkularismus» und sagten ihm nach, dass er den Muslimen nur entgegenkomme, um ihre Stimmen für sich zu gewinnen. Unter dem Mehrheitswahlrecht hatten die Muslime auch kaum eine Alternative zur Kongresspartei, denn jede Muslimpartei wäre von vornherein zur Marginalität verurteilt gewesen. Hinzu kommt, dass bis heute außer in Kaschmir, wo sie eine

Mehrheit haben, die Muslime in allen anderen Teilen Indiens im wahren Sinne des Wortes in der «Diaspora» (Zerstreuung) leben. Da die Muslime in ihrer Mehrheit arme Handwerker und Arbeiter sind, wohnen sie meist in Städten. Besonders deutlich ist dies in Uttar Pradesh zu sehen, dem größten Bundesland, das auch den höchsten Bevölkerungsanteil von Muslimen hat. Sie stellen dort 17 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber 44 Prozent der städtischen Bevölkerung. Die Konzentration der Muslime in diesem rückständigen Bundesland erhöht ihre ohnehin bestehende Marginalisierung.

Im Jahre 2005 setzte der Premierminister eine Kommission ein, die den Auftrag hatte, einen Bericht über die soziale und wirtschaftliche Lage der Muslime in Indien und über ihre Bildungschancen zu verfassen. Der Bericht wurde nach dem Vorsitzenden der Kommission, dem Richter Rajinder Sachar, der «Sachar Report» genannt. Er wurde im November 2006 vorgelegt.²¹ Aus dem Bericht geht hervor, wie schlecht die Lage der indischen Muslime ist. Sie sind zumeist arm und haben kaum Bildungschancen. Ihre Position gleicht in etwa der der «Unberührbaren». Nur 59 Prozent können lesen und schreiben, im nationalen Durchschnitt können dies 65 Prozent.²² Die Zahl der Muslime mit Hochschulabschluss ist sehr gering, und der Grad der Arbeitslosigkeit ist bei den Muslim-Graduierten weit höher als bei denen anderer Religionsgemeinschaften.²³ Es wird allgemein angenommen, dass die Muslime die «säkulare» Bildung ablehnen und ihre Kinder lieber in Madrasas (islamische Schulen) schicken. Das trifft jedoch nicht zu. Die Kommission stellte fest, dass nur 4 Prozent der muslimischen Kinder Madrasas besuchen. Freilich gehen viele von ihnen in Maktabs, aber das sind reine Koranschulen, die in der Regel zu den Moscheen gehören und nur eine zusätzliche religiöse Unterweisung bieten, die keinesfalls als Ersatz für die normale Schulbildung dienen soll.²⁴

In den meisten Teilen Indiens leben Hindus und Muslime als gute Nachbarn zusammen. Sie nehmen sogar gegenseitig an ihren Festen teil, wenn sie auch selten ihre Mahlzeiten miteinander teilen. Das Zusammenleben bringt natürlich auch Reibungen mit sich, vor allem wenn es Leute gibt, die absichtlich Unruhe stiften, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Da in Indien die verschiedenen religiösen Identitäten auch in Kleidung und Benehmen ihren sichtbaren Ausdruck finden, kann man den «Anderen» leicht erkennen und ihn verfolgen, wenn man es darauf anlegt. Hinzu kommen noch religiös sanktionierte Essgewohnheiten. Der Hindu verehrt die heilige Kuh, der Muslim isst Rindfleisch, und manche Muslime schlachten bei ihren reli-

giösen Festen Kühe, weil ihre Religion diesen Brauch (*kurbani*) vorschreibt. Der Hindu isst Schweinefleisch – sofern er kein Vegetarier ist –, das Schwein aber gilt dem Muslim als unrein. Wenn man durch den Bruch eines Tabus den Anderen provozieren will, ergibt sich somit leicht eine Gelegenheit dazu. Die Inder sind gesellig, und indische Menschenmengen sind meist gutmütig, aber die Stimmung kann sich rasch ändern. Unruhestifter können einen solchen Stimmungsumschwung orchestrieren und dann unbemerkt in der Menge untertauchen.

Gewaltsame Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen sind in Indien kein neues Phänomen. Sie beginnen oft spontan und entzünden sich an Nichtigkeiten, in jüngster Zeit sind sie aber oft politisch motiviert. Wie im nächsten Kapitel gezeigt werden soll, haben Wahlkampagnen oft ihre Schattenseiten, und Ausschreitungen können als «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» betrachtet werden, wie Paul Brass es formuliert hat.²⁵ Er hat die Produktionsmechanismen solcher Ausschreitungen analysiert und gezeigt, dass die auslösenden Faktoren latent vorhanden sind und von Politikern in bestimmten Momenten gezielt aktiviert werden.²⁶ Bei seinen Feldforschungen hat Brass auch verschiedene Arten von Unruhestiftern (*riotmongers*) ausgemacht. Darunter sind oft «ehrbare» Bürger, die Unruhe stiften, ohne sich zu exponieren. Sie zögern nicht, Verbrecher anzuhauern, die die Schmutzarbeit für sie erledigen. Dann sind da die Leute, die sich in Läden oder Amtsstuben herumtreiben und Gerüchte verbreiten, um andere zu motivieren, zur Tat zu schreiten. Die Polizei spielt bei alledem eine entscheidende Rolle. Polizeibeamte, die korrupt oder parteiisch oder gar beides sind, können viel Unheil stiften. Andererseits können beherzte Polizisten Ausschreitungen im Keim ersticken, indem sie rasch die Aufwiegler festnehmen.

In früheren Zeiten hatte die Polizei in Mumbai einen guten Ruf wegen ihres Muts und ihrer Effizienz. Anstatt mit einer Hundertschaft in einen gefährdeten Stadtteil zu marschieren, bildeten sie kleine Teams von je drei Polizisten, die sich verkleideten und Kettenhemden unter der Kleidung trugen. Einer von ihnen ging als Lockvogel voraus und trug die Kleidung der in diesem Stadtteil verfolgten Gruppe. Wenn der erste Messerstecher sich von hinten auf ihn stürzte, griffen die beiden anderen Polizisten rasch zu, überwältigten ihn und brachten ihn fort, ehe viel Aufsehen erregt wurde. Wenn sie so an einem Tag rund 50 Messerstecher aus dem Verkehr zogen, kam es zu keinen weiteren Ausschreitungen. Das beherzte Eingreifen der Polizei im rechten Moment ist wirkungsvoller als alle Machtdemonstrationen, wenn

die Unruhen bereits in vollem Gange sind. Meist gehen den Unruhen Gerüchte voraus, indem zum Beispiel behauptet wird, Mitglieder der jeweils anderen Religionsgemeinschaft hätten Lebensmittel vergiftet oder es seien Frauen entführt worden etc. Hass und Verfolgungswahn breiten sich auf diese Weise aus. Auf den ersten Ausbruch der Unruhen folgt oft eine Phase sporadischer Attacken, dann kommt eine kurze Zeit der Ruhe vor dem Sturm, ehe die Orgie der Gewalt ausbricht, die keine Grenzen mehr kennt. Die Ruhe vor dem Sturm bietet Ansatzmöglichkeiten zur Intervention. Manchmal wird diese Chance aus Nachlässigkeit nicht genutzt, oft aber auch absichtlich übergangen wie 2002 in Gujarat. Die Bundesregierung hat eine gut trainierte und bewaffnete Polizeitruppe (Central Reserve Police), die in die Bundesländer entsandt werden kann, wenn diese sie anfordern. Diese Truppe hat eine besondere Eliteeinheit, Rapid Action Force (RAF), die in den 1990er Jahren entstand und besonders dazu ausgebildet worden ist, Unruhen zu bekämpfen. Eine RAF-Einheit wurde 2002 nach Godhra entsandt, wo die Ausschreitungen in Gujarat begannen. Doch statt sie einzusetzen, ließen die örtlichen Behörden sie in einem Offizierskasino der Polizei warten. Ihr Eingreifen war offensichtlich nicht erwünscht.²⁷

Präventive Maßnahmen erfordern nicht nur eine genaue Einschätzung der richtigen Zeit für einen Eingriff, sondern auch Kenntnisse der spezifischen lokalen Bedingungen. Es gibt Orte, die geradezu immun gegen Konflikte zwischen Hindus und Muslimen sind, an anderen Orten aber sind die Spannungen endemisch. Lakhnau zum Beispiel hat kaum je einen solchen Konflikt erlebt. Es ist die Hauptstadt von Uttar Pradesh und hat eine große Muslim-Bevölkerung. Hier sind eher Zusammenstöße von Schiiten und Sunniten (Muslim-Konfessionen) die Regel als Konflikte mit den Hindus. Lakhnau ist für eine bestimmte Art der Stickerei (*chikan*) bekannt, die von Muslimfrauen in Heimarbeit hergestellt wird. Diese Stickereien werden von Hinduhändlern aufgekauft und vermarktet. So sind beide Religionsgemeinschaften aufeinander angewiesen.²⁸ Doch solche «symbiotischen» Beziehungen sind selten. Anderenorts trägt oft wirtschaftliche Konkurrenz zur Entstehung solcher Konflikte bei. Die größte Gefahr besteht, wenn ein sozialer Umbruch zur Gesetzlosigkeit führt, die große Teile der Bevölkerung erfasst. Die Tragödie von Ahmedabad im Jahre 2002 ist ein Beispiel dafür. Früher war Ahmedabad eine reiche Textilstadt mit einer berühmten Textilarbeitergewerkschaft, die von Mahatma Gandhi gegründet wurde. Der Untergang der Textilfabriken und der Aufstieg der «powerlooms», der in vielen kleinen Werkstätten betriebenen Webstühle, ruinierten die Indu-

strie und damit auch die Gewerkschaft, die die Solidarität der Arbeiterschaft gestützt und eine soziale Infrastruktur geschaffen hatte. Viele Arbeitslose blieben in der Stadt zurück, die soziale Ordnung brach zusammen. Unter diesen Umständen war es dann möglich, dass sich 2002 eine Orgie der Gewalt in Ahmedabad ausbreitete, die von der Regierung geduldet, ja gefördert wurde und daher auch von einer inaktiven Polizei nicht eingedämmt werden konnte.

Diese Ausschreitungen, der Tausende zum Opfer fielen, waren für Ahmedabad nicht die ersten ihrer Art. Sie übertrafen aber alle früheren in ihren Dimensionen. Als Lal Advani, der Führer der Bharatiya Janata Party (BJP), im September 1990 seine Prozession von Gujarat aus nach Ayodhya begann, kam es dort bereits zu Spannungen, die von Narendra Modi, dem Generalsekretär der BJP, geschürt wurden. Es war abzusehen, dass die Bundesregierung Advani verhaften lassen musste, ehe er mit seiner Gefolgschaft Ayodhya erreichte. Am 22. Oktober versetzte Modi Gujarat bereits in einen Alarmzustand. Für den 24. Oktober rief er einen Generalstreik aus. Am 30. Oktober folgte ein weiterer, der dann zu Ausschreitungen in allen Teilen der Stadt führte. Vielerorts wurden gleichzeitig Autoreifen verbrannt, deren schwarze Rauchschwaden weithin sichtbar waren und eine Signalwirkung hatten. Die Unruhen waren offensichtlich gut inszeniert. Während sie früher meist auf die dicht besiedelte Altstadt beschränkt blieben, griffen sie nun zum ersten Mal auf die neueren Wohngebiete am anderen Ufer des Flusses Sabarmati über.²⁹ Bevorzugtes Ziel der Mörder und Brandstifter waren die Häuser von Muslimen, die zu einigem Wohlstand gekommen und aus der Enge der Altstadt in diese «Neustadt» umgesiedelt waren. Die Hindu-Mittelklasse, die dem wirtschaftlichen Aufschwung viel zu verdanken hatte, war dadurch nicht liberaler geworden. Sozial verunsichert, folgte sie der Propaganda der BJP und neidete zudem den Muslimen den sozialen Aufstieg, der auch diese inzwischen erreicht hatte. Die Unruhen von 1990 waren sozusagen eine Generalprobe für die grauenhaften Ausschreitungen von 2002. Modi war dort Ministerpräsident geworden und hatte noch mehr Macht als zuvor.

Ahmedabad erwarb zu dieser Zeit den traurigen Ruhm, Schauplatz eines gigantischen Blutbades geworden zu sein.³⁰ Doch auch Surat, eine andere Großstadt in Gujarat, wurde 2002 von den Unruhen erfasst. Der Ursprung der dortigen Anomie war dem in Ahmedabad ähnlich. Surat war in kurzer Zeit zur Millionenstadt herangewachsen. Es hatte dort nie eine bedeutende Textilindustrie gegeben, aber es hatten sich Tausende von

«powerlooms» angesiedelt; außerdem war die Stadt zum Zentrum der Diamantenschleiferei geworden. Sowohl die «powerlooms» als auch die Diamantenschleiferei wurden in vielen kleinen Werkstätten betrieben. Die Arbeitskräfte wurden schlecht bezahlt und lebten in miserablen Unterkünften, in denen oft mehrere Männer nacheinander dasselbe Bett benutzten. Sie waren meist Junggesellen, die vom Land in die Stadt gekommen waren, keine festen sozialen Bindungen hatten und zur leichten Beute für Unruhestifter wurden.³¹

Bei diesen Unruhen starben immer weit mehr Muslime als Hindus. Doch sind die Muslime keineswegs harmlos. Es gibt auch unter ihnen viele Unruhestifter. Oft kommt es zu einer Art Konvergenz der beiderseitigen Ausschreitungen. Solapur, eine alte Textilstadt im Süden Maharashtras, erlebte eine solche Angleichung im Oktober 2002.³² In früheren Jahren hatten hier die Muslime oft die Prozessionen der Hindus mit Steinen beworfen und sie auch auf andere Weise provoziert. Die Kongresspolitiker hatten in diesen Fällen stets dafür gesorgt, dass nichts gegen sie unternommen wurde. Das ärgerte die Hindus, und unter dem Einfluss der Ereignisse in Gujarat wollten sie nun auch in Solapur den Muslimen «eine Lektion erteilen». Den Anfang machte aber der Muslim-Schriftleiter einer kleinen Zeitung, der sich über die abfälligen Bemerkungen ereiferte, die ein christlicher Priester im fernen Amerika über den Propheten Mohammed gemacht hatte. In diesem Zusammenhang rief er zu einer Protestdemonstration in Solapur auf, bei der Muslime Hindutempel angriffen, einige Häuser verwüsteten und auch einen prominenten politischen Führer der Hindus töteten. Fast gleichzeitig stürmten Hindus die Häuser und Läden von Muslimen. Die Polizei war hier nicht so inaktiv wie in Ahmedabad, aber ihr Eingreifen war nicht sehr effizient. Die Polizisten schossen auf die falschen Leute und waren dort nicht zur Stelle, wo sie dringend gebraucht wurden.

Die neue Bundesregierung, die 2004 an die Macht kam, legte dem Parlament 2005 einen Gesetzentwurf vor, der die Unterdrückung gewalttätiger Ausschreitungen zum Gegenstand hatte. Dieser Entwurf wurde von Verteidigern der Menschenrechte kritisiert, weil er der Bundesregierung und der Armee zuviel Macht verlieh. Außerdem rügten die Kritiker, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen sich nur auf Unruhen bezogen, die bereits ausgebrochen waren, und keine präventiven Vorgehensweisen unterstützten. Vielerorts hatten sich lokale Friedenskommissionen bewährt. Sie wurden von verantwortungsbewussten Polizeioffizieren unter Einbeziehung einflussreicher Bürger gegründet.³³ Man solle lieber einen gesetzlichen

Rahmen für solche Initiativen schaffen statt mit dem massiven Einsatz der Armee zu drohen, sagten die Kritiker.

Die dunklen Wolken der Gewalt, die durch die Konflikte von Hindus und Muslimen hervorgerufen wurden, werden nicht so bald verschwinden. Es ist jedoch ein hoffnungsvolles Zeichen für die Entstehung einer von Bürgerinitiativen unterstützten indischen Zivilgesellschaft, dass sich Organisationen gebildet haben, die sich aktiv darum bemühen, Gewalt zu verhindern und den Verlauf von Ausschreitungen genau zu verfolgen. Die People's Union for Civil Liberties (PUCL) ist die bedeutendste Organisation dieser Art. Sie wurde 1976 gegründet, als Indira Gandhis Notstandsregime die bürgerliche Freiheit unterdrückte. Nachdem das Notstandsregime überwunden worden war, hörte man von PUCL nicht mehr viel. Doch 1980 wurde die Organisation wiederbelebt und ist seitdem aktiv geblieben. Ihre Mitglieder bewiesen großen Mut, indem sie sich in die Zentren gewalttätiger Unruhen wagten, dort Gerüchte bekämpften und die Unruhestifter benannten. PUCL ist stolz auf ihre Unabhängigkeit. Die Organisation wird nur durch die Beiträge ihrer Mitglieder finanziert und nimmt keine Spenden aus dem In- und Ausland an. Ihr Einsatz für die Werte der indischen Demokratie ist bewundernswert. Andere Organisationen wurden durch dieses Vorbild zu ähnlichen Einsätzen motiviert. Die Männer und Frauen, die solche Organisationen tragen, fördern die Entwicklung einer aktiven demokratischen Gesellschaft in Indien.